

16. 04. 93

VP - Fz

13. Seifer

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen
für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec**

A. Zielsetzung

Bau einer grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Neiße im Raum Görlitz und Zgorzelec für den Zusammenschluß der Bundesautobahn A 4 von Dresden in Richtung Osten mit der polnischen Autobahn A 4 von Liegnitz in Richtung Westen und Bau von Grenzabfertigungsanlagen auf deutschem Hoheitsgebiet für diesen neuen Grenzübergang.

B. Lösung

Das am 29. Juli 1992 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 28. 05. 93

D. Kosten

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1993 auf ca. 17 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Republik Polen getragen werden, trägt sie der Freistaat Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes). Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

16. 04. 93

VP – Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen
für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (323) – 900 01 – De 13/93

Bonn, den 16. April 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Kohl

Fristablauf: 28. 05. 93

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß
und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen
für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec

Vom

1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 29. Juli 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung.
- (2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Eingangsabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.
- (3) Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 1. August 1992 anzuwenden.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern und Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 sieht die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Re-

publik Polen vor. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und die Bauausführung übernimmt sowie, daß aus Gründen des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf eine Besteuerung auf deutschem Hoheitsgebiet nicht verzichtet werden kann. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, daß insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen einer örtlich

beschränkten Einzelmaßnahme, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den bauausführenden Unternehmen in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfaßt.

Absatz 3 sieht vor, daß die steuerlichen Bestimmungen nach Artikel 9 des Abkommens mit Wirkung vom 1. August 1992 anzuwenden sind. Um eine baldige Verbesserung der Verkehrsbeziehungen und eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke und des Grenzübergangs zu ermöglichen, haben sich die Vertragsstaaten in Nummer 4 der Protokollerklärung zu dem Abkommen darauf verständigt, mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten zu beginnen. Mit den Bauarbeiten auf deutschem Gebiet wurde bereits am 6. August 1992 begonnen. Um auch die Anwendung der steuerlichen Bestimmungen des Abkommens bereits ab Baubeginn sicherzustellen, ist die innerstaatliche Anwendung dieser Bestimmungen mit Wirkung vom 1. August 1992 vorgesehen. Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes stehen dieser rückwirkenden Anwendung nicht entgegen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1993 auf ca. 17 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Republik Polen getragen werden, trägt sie der Freistaat Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen, sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 21 Millionen DM (geschätzt nach Kostenstand 1993) und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß
und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen
für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o połączeniu autostrad
oraz budowie urządzeń odprawy granicznej
dla nowego przejścia granicznego w rejonie Görlitz i Zgorzelca**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Autobahn A 4 von Dresden in Richtung Osten und die polnische Autobahn A 4 von Liegnitz in Richtung Westen sollen nördlich von Görlitz und Zgorzelec zusammengeschlossen werden. An dieser Stelle wird ein neuer Grenzübergang entstehen.

(2) Zu diesem Zweck werden errichtet:

- a) auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und dem Hoheitsgebiet der Republik Polen die grenzüberschreitende Autobahnbrücke über die Neiße (Grenzbrücke),
- b) auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Gebäude, Plätze und Einrichtungen, die der Grenzabfertigung dienen.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 2 genannten Bauvorhaben auf deutschem und polnischem Hoheitsgebiet im Jahre 1993 fertigzustellen.

(4) Für die Grenzabfertigung wird eine vorgeschobene Grenzdienststelle errichtet. Die Grenzabfertigung an vorgeschobenen Grenzdienststellen werden die Vertragsstaaten in einem gesonderten Abkommen regeln.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die

- a) Vermessung,
- b) Planung,
- c) Ausschreibung,
- d) Auftragsvergabe,
- e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

kierując się życzeniem usprawienia ruchu drogowego między obydwojoma Państwami oraz w transycie przez terytoria obydwojoma Państw, zgodnie z Traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

(1) Niemiecka autostrada A 4 z Drezna w kierunku wschodnim i polska autostrada A 4 z Legnicy w kierunku zachodnim powinny być połączone na północ od Görlitz i Zgorzelca.

(2) W tym celu zostaną wybudowane:

- a) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej – most autostradowy dla ruchu granicznego przez rzekę Nysę (most graniczny),
- b) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec budynki, stanowiska i urządzenia służące do odprawy granicznej.

(3) Umawiające się Strony będą dążyć, aby wymienione w ustępie 2 przedsięwzięcia budowlane na terytoriach niemieckim i polskim zostały wykonane w roku 1993.

(4) W celu dokonywania odprawy granicznej zostanie utworzona wysunięta placówka graniczna. Sprawy dotyczące odprawy na wysuniętych placówkach granicznych uregulują Umawiające się Strony w odrębnej Umowie.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

(1) Republika Federalna Niemiec przejmuje wykonanie:

- a) prac pomiarowych,
- b) prac planistycznych,
- c) ogłoszenia przetargu,
- d) zlecenia prac budowlanych,
- e) sprawdzenia dokumentacji wykonawczej,

- f) Bauüberwachung und
g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen
für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Republik Polen.

(2) Für die in Absatz 1 Buchstaben a bis d genannten Tätigkeiten trägt die Republik Polen keine Kosten. Die Kosten für die in Absatz 1 Buchstaben e bis g genannten Tätigkeiten tragen die Vertragsstaaten anteilig nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten. Bei der Ermittlung des Kostenanteils für die Republik Polen bleibt die deutsche Umsatzsteuer unberücksichtigt.

(3) Für den Bau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- die Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und
- die Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(4) Die Grenzbrücke wird nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung polnischer Bauvorschriften vereinbaren. Die übrigen in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannten Bauvorhaben auf den Gebieten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen werden nach den im jeweiligen Staat geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen.

Artikel 3 Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Anlagen dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4 Abnahme

Nach Abschluß der Bauarbeiten werden die Bauwerke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

Artikel 5 Unterhaltung

Mit der Schlußabnahme der Bauwerke übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen sowie den Winterdienst auf der Grenzbrücke. Die Grenze für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung sowie für den Winterdienst ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf polnischer Seite. Die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen sowie der Winterdienst erfolgen im Einvernehmen mit den zuständigen polnischen Stellen. Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6 Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau einschließlich Grunderwerb, für die Unterhaltung, Instandsetzung und Er-

- f) sprawowania nadzoru budowlanego,
g) sprawdzenia rozliczenia prac zleconych umowami
dotyczących mostu granicznego, jednak po każdorazowym porozumieniu z Rzeczpospolitą Polską.

(2) Za wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 litery od a) do d) Rzeczpospolita Polska nie ponosi żadnych kosztów. Koszty wykonanych czynności wymienionych w ustępie 1 litery od e) do g) ponoszą Umawiające się Strony, dzieląc je między sobą odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osią podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron. Przy określeniu wielkości kosztów ponoszonych przez Rzeczpospolitą Polską nie będzie uwzględniony niemiecki podatek obrotowy.

(3) Przy budowie mostu granicznego wykonawcy będą zobowiązani w Umowie-Zleceniu do wystawiania oddzielnych faktur za wykonanie:

- przyciółków i filarów na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu włącznie z tymi pracami, które odnoszą się tylko do całej konstrukcji, odpowiednio do długości części mostu granicznego, mierzonych wzdłuż osi mostu między osią podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron.

(4) Most graniczny będzie konstruowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Republice Federalnej Niemiec. Dla pojedynczych elementów konstrukcji mostu Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie polskich przepisów budowlanych. Pozostałe przedsięwzięcia budowlane wymienione w artykule 1 ustępy 1 i 2, na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej będą zaplanowane, wykonane i odebrane według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w każdym z Państw.

Artikel 3 Pozyskanie gruntów

Każda Umawiająca się Strona zadba, aby uzyskać na swoim terytorium, w stosownym czasie na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny i przekazać je w celu realizacji obiektów wymienionych w artykule 1 ustęp 2.

Artikel 4 Odbiór

Po zakończeniu prac budowlanych obiekty będą odbierane przez właściwe administracje Umawiających się Stron w obecności wykonawcy według niemieckich przepisów prawa zastosowanych w Umowach z wykonawcami.

Artikel 5 Utrzymanie

Po dokonaniu odbioru końcowego obiektów budowlanych Republika Federalna Niemiec przejmie utrzymanie, naprawy i remonty mostu granicznego oraz urządzeń odprawy granicznej, jak również zimowe utrzymanie mostu granicznego. Granicą utrzymania, napraw i remontów oraz zimowego utrzymania stanowi koniec mostu granicznego z przyciółkiem znajdującym się na terytorium Polski. Utrzymanie, naprawy i remonty mostu granicznego i urządzeń odprawy granicznej, jak również zimowe utrzymanie, będą wykonywane w porozumieniu z właściwymi władzami polskimi. Właściwe władze obu Umawiających się Stron mogą zawierać odrębne porozumienia dotyczące rodzaju, zakresu i sposobu prowadzenia prac związanych z utrzymaniem, naprawami i remontami mostu granicznego i urządzeń odprawy granicznej.

Artikel 6 Koszty

(1) Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty budowy włącznie z kosztami pozyskania gruntów, utrzymania, napraw,

neuerung der Grenzbrücke sowie für den Winterdienst, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

(3) Die beiden Vertragsstaaten regeln die Kostenfrage für den Bau einschließlich Grunderwerb, für die Unterhaltung, Instandsetzung sowie die Erneuerung der Grenzabfertigungsanlagen in einer gesonderten Vereinbarung.

Artikel 7 Zahlungen

(1) Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird der Republik Polen zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Republik Polen zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Republik Polen erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigten Staatsangehörigen jedes Vertragsstaats sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, deren Angehörige im Verhältnis zur Republik Polen nicht der Visumpflicht unterliegen, wie auch alle anderen am Bau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke einschließlich der Behelfsbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Behelfsbrücke aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle und der Behelfsbrücke überschreiten, wenn sie die nach den Bestimmungen der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

remontów i zimowego utrzymania tej części mostu granicznego, która znajduje się na jej terytorium. Przy podziale tych kosztów nie będzie uwzględniony niemiecki podatek obrotowy, który jest już zawarty w kosztach wykonania. Podatek ten będzie ponoszony tylko przez Republikę Federalną Niemiec.

(2) Obie Umawiające się Strony będą wzajemnie udostępniały bezpłatnie, istniejące niezbędne dokumentacje do prac projektowych, w szczególności dotyczące pomiarów i badania gruntów.

(3) Obie Umawiające się Strony uregulują w odrębnej umowie sprawy związane z kosztami budowy, włącznie z pozyskaniem gruntów, utrzymaniem, naprawami oraz remontami urządzeń odprawy granicznej.

Artikel 7 Płatności

(1) Rzeczpospolita Polska przekazuje Republice Federalnej Niemiec przypadającą na nią część płatności w formie okresowych wpłat na poczet rachunku odpowiednio do postępu prac budowlanych prowadzonych przez wykonawców.

(2) Republika Federalna Niemiec będzie informować Rzeczpospolitą Polską z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowej wysokości środków finansowych, potrzebnych dla realizacji okresowych wpłat na poczet rachunku oraz o stanie wydatków przedstawiając ich wykaz zawierający wysokość kwot i daty wpłat.

(3) Rzeczpospolita Polska wpłaci pozostałą przypadającą na nią część kosztów po końcowym odbiorze i rozliczeniu prac budowlanych.

(4) Wszystkie płatności będą dokonywane w markach niemieckich.

(5) Powstanie ewentualnych rozbieżności nie wstrzymuje wpłacania należności nie będących przedmiotem sporu.

(6) Rzeczpospolita Polska otrzyma kopie umów budowlanych zleceń i sporządzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artikel 8 Prawo przekraczania granicy

(1) Obywatele każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, jak również państw członkowskich Wspólnot Europejskich, którzy w stosunku do Rzeczypospolitej Polskiej nie podlegają obowiązkowi wizowemu oraz inni obywatele Umawiających się Stron i państw członkowskich Wspólnot Europejskich, które z Polską nie posiadają obowiązku wizowego, związani z budową mostu, mają prawo przekraczania granicy w rejonie budowy mostu granicznego włącznie z mostem pomocniczym oraz przebywania w miejscach budowy lub mostu pomocniczego znajdujących się na terytorium drugiego państwa w celu wykonania swoich obowiązków bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywateli innych państw, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, mogą przekraczać granicę w rejonie budowy i w rejonie mostu pomocniczego, jeżeli posiadają dokumenty i zezwolenia wymagane przez przepisy Umawiających się Stron.

(2) Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

(3) Każda z Umawiających się Stron będzie każdorazowo i bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy, znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(4) Szczegółowe zagadnienia dotyczące bezpieczeństwa i porządku w rejonie budowy mostu granicznego zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe organy graniczne we wzajemnym porozumieniu.

(5) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

(5) Postanowienia tego artykułu będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą nowego porozumienia dotyczącego przekraczania granicy.

Artikel 9 Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und Materialien sowie die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Grenzbrücke oder mit ihrer Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung bewirkt werden, ist das Umsatzsteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine polnische Umsatzsteuer oder ähnliche indirekte Steuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Eingangsabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau oder zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke oder der Grenzabfertigungsanlagen verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau oder zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie der Grenzabfertigungsanlagen erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmt sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll von demselben Tag.

Artikel 10 Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur:

- Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,
- Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
- Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- Abnahme des Bauwerks,
- Kostenteilung für den Bau der Grenzbrücke,

Artykuł 9 Postanowienia podatkowe

(1) Przy dostarczaniu materiałów i urządzeń służących do budowy mostu granicznego, jak również do jego utrzymania, napraw i remontów oraz przy realizacji innych zobowiązań związanych z tą budową, będzie stosowane prawo o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec. Przy obrocie tymi materiałami i urządzeniami oraz przy realizacji innych zobowiązań związanych z tą budową nie będzie pobierany ze strony polskiej podatek obrotowy lub stosowane podobne pośrednie opodatkowanie.

(2) Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane opłaty wwozowe z wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy lub utrzymania oraz naprawy i remontu mostu granicznego lub obiektów odprawy granicznej. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwarancje nie są wymagane. Punkt 1 nie stosuje się przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

(3) Towary potrzebne do budowy lub utrzymania oraz napraw i remontów mostu granicznego, jak również urządzeń odprawy granicznej, nie podlegają przy wwozie lub wywozie żadnym ograniczeniom lub zakazom.

(4) Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron podczas realizacji postanowień niniejszej Umowy będą przekazywać sobie niezbędne informacje i udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązującego prawa i przepisów administracyjnych dotyczących postanowień ustępów od 1 do 3 niniejszego artykułu. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania w rejonie budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień wymienionych ustępów od 1 do 3, które są określone w obowiązującym ich prawie i przepisach administracyjnych. Działania te nie mogą naruszać suwerenności Umawiających się Stron.

(5) Postanowienia niniejszej Umowy nie naruszają Umowy z dnia 18 grudnia 1972 roku między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską w sprawie zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokołu do tej Umowy z tego samego dnia.

Artykuł 10 Komisja Mieszana

(1) Do spraw budowy mostu granicznego zostanie utworzona niemiecko-polska Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z obydwóch przewodniczących delegacji oraz innych członków wyznaczonych przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swoim przewodnictwem posiedzenie Komisji w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbywać się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

(2) Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie podstawowych problemów dotyczących mostu granicznego jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

- konstrukcji i wymiarów mostu granicznego,
- określenia zakresu wspólnych prac,
- sprawdzenia projektów budowlanych i przydziału zleceń,
- zgodności realizowanych płatności,
- odbioru zrealizowanych zadań budowlanych,
- podziału kosztów dotyczących budowy mostu granicznego,

- g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,
h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 12

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 13

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert oder ergänzt werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine angemessene Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

- g) przekazania i przyjęcia wykonywanych obiektów,
h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

(3) Każda delegacja w ramach Komisji Mieszanej może zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia stosowanych dokumentów, które uzna za niezbędne dla przygotowania decyzji Komisji.

(4) Komisja Mieszana podejmuje swoje decyzje na podstawie wzajemnego porozumienia.

Artykuł 11

Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 12

Wejście w życie Umowy

(1) Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie szybko w Bonn.

(2) Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 13

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

(1) Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona lub uzupełniona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

(2) Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmienią się zasadniczo warunki, na jakich była ona zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie nowych uregulowań.

Sporządzono w Warszawie, dnia 29 lipca 1992 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
Kinkel

Für die Republik Polen
Za Rzeczpospolitą Polską
Krzysztof Skubiszewski

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzübergangsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec Nachstehendes vereinbart, das Bestandteil des Abkommens ist:

1. Zum inhaltlichen Verständnis des Artikels 9 Absatz 1 wird festgestellt, daß diese Bestimmung die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich der Grenzbrücke vorsieht, weil die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und die Bauausführung übernimmt und aus Gründen des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf eine Besteuerung auf deutschem Hoheitsgebiet nicht verzichtet werden kann. Außerdem wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.
2. Bestimmungen entsprechend denen, die in Artikel 9 des Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgehen sind, sollen in künftigen Fällen, in denen vergleichbare grenzüberschreitende Bauwerke errichtet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglichst paritätisch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vorgesehen werden, wenn die Errichtung, Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Bauwerke dadurch erleichtert werden könnten.
3. An den Grenzübergängen
 - a) Pomellen – Autobahn/Kolbitzow (Kolbaskowo),
 - b) Frankfurt/Oder – Autobahn/Schwetig (Swiecko),
 - c) Forst – Autobahn/Erlenholz (Olszyna) und
 - d) Görlitz – Autobahn bei Ludwigsdorf/Jędrzychowice
 sollen gemeinschaftliche Grenzübergangsanlagen errichtet werden. Die Anlagen für die unter den Buchstaben a und d genannten Grenzübergänge sollen auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, die Anlagen für die unter den Buchstaben b und c genannten Grenzübergänge auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen liegen.
4. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Brücke und des Grenzübergangs sicherzustellen, wird bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen. Die für den Beginn der Bauarbeiten erforderlichen Mittel sind bei den Vertragsstaaten verfügbar.
5. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protokół

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

przy okazji podpisania Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o połączeniu autostrad oraz budowie urządzeń odprawy granicznej dla nowego przejścia granicznego w rejonie Görlitz i Zgorzelca, przyjęły następujące uzgodnienie, które stanowią integralną część tej Umowy:

- (1) W celu wyjaśnienia treści artykułu 9 ustęp 1 stwierdza się, że postanowienie tego ustępu przewiduje zastosowanie niemieckiego prawa dotyczącego podatku obrotowego na całym obszarze budowy mostu granicznego, ponieważ Republika Federalna Niemiec, zgodnie z artykułem 2 Umowy, przejmuje wykonanie prac planistycznych i budowlanych, jak również dlatego, że na podstawie prawa państw członkowskich Wspólnot Europejskich, Republika Federalna Niemiec nie może zrezygnować ze stosowania opodatkowania na niemieckim terytorium. Ponadto zastosowanie jednolitego prawa podatkowego będzie ułatwiać realizację budowy.
- (2) Korzystne postanowienia przewidziane w artykule 9 Umowy na rzecz Republiki Federalnej Niemiec, w przypadkach realizacji podobnych przedsięwzięć granicznych, powinny być stosowane na zasadzie wzajemności możliwie przy zachowaniu parytetu na rzecz Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej, jeżeli ułatwić to będzie budowę, utrzymanie, naprawy i remonty obiektów.
- (3) Na przejściach granicznych:
 - a) Pomellen-Kolbaskowo (autostrada)
 - b) Frankfurt O.-Świecko (autostrada)
 - c) Forst-Olszyna (autostrada)
 - d) Görlitz-autostrada w rejonie Ludwigsdorf-Jędrzychowice,
 powinny być utworzone obiekty wspólnej odprawy granicznej. Obiekty położone na przejściach granicznych wymienionych w podpunktach a) i d) powinny znajdować się na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, a obiekty na przejściach wymienionych w podpunktach b) i c) – na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.
- (4) W celu możliwie najszybszego oddania do eksploatacji mostu granicznego oraz przejścia granicznego i dla poprawy warunków komunikacyjnych, prace budowlane zostaną rozpoczęte natychmiast po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie. W celu rozpoczęcia prac budowlanych Umawiające się Strony dysponują niezbędnymi środkami.
- (5) Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć; uzgodnienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia 29 lipca 1992 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Za Republikę Federalną Niemiec

Kinkel

Für die Republik Polen

Za Rzeczpospolitą Polską

Krzysztof Skubiszewski

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Am 29. Juli 1992 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec in Warschau unterzeichnet worden. Die damit angestrebte Verbesserung des Straßenverkehrs zwischen den beiden Staaten geschieht in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Durch den Bau der grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Neiße sollen die Bundesautobahn A 4 von Dresden in Richtung Osten und die polnische Autobahn A 4 von Liegnitz in Richtung Westen nördlich von Görlitz und Zgorzelec zusammengeschlossen werden. Die zugehörigen Grenzabfertigungsanlagen werden als deutsch-polnische Gemeinschaftsanlagen auf deutschem Hoheitsgebiet errichtet. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke und für die Grenzabfertigungsanlagen sollen 1993 abgeschlossen werden.

II. Besonderes

1. Zum Abkommen

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Bau der Grenzbrücke über die Neiße und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen als funktionale Einheit.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten der Bundesrepublik Deutschland zu. Diese Arbeiten werden im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen vom Freistaat Sachsen durchgeführt (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Bauwerke durch die zuständigen Verwaltungen beider Vertragsstaaten vor; es gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete deutsche Recht.

Artikel 5 regelt die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Bauvorhaben sowie den Winterdienst auf der Grenzbrücke. Diese Aufgaben übernimmt die Bundesrepublik Deutschland; die hierfür erforderlichen Arbeiten werden vom Freistaat Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen durchgeführt (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Artikel 6 teilt die Kosten für den Bau, die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie für den Winterdienst nach dem Territorialprinzip: Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten, soweit das Bauwerk auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kosten für den Bau, die Unterhaltung, Instandsetzung sowie die Erneuerung der Grenzabfertigungsanlagen werden die Vertragsstaaten in einer gesonderten Vereinbarung regeln.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Republik Polen zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die die Bundesre-

publik Deutschland den Auftragnehmern leistet, und regelt das Verfahren.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigten oder sonst beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie der für Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle oder der Brücke aufhalten dürfen.

Artikel 9 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, daß es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, möglichst des planenden und bauausführenden Vertragsstaats, im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 9 wird ferner gewährleistet, daß zum Zwecke der Errichtung der Bauwerke ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 10 sieht die Bildung einer deutsch-polnischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau der Grenzbrücke anfallende bautechnische Fragen einvernehmlich klären und bestimmte nach dem Abkommen notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 11 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 12 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

Artikel 13 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Abkommens in Betracht kommen kann.

2. Zum Protokoll

Nummer 1 stellt fest, daß für die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens vorgesehene Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts Gründe der Praktikabilität und des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften maßgebend sind. Mit dieser Erläuterung wird einem polnischen Wunsch Rechnung getragen.

Nummer 2 enthält eine Gegenseitigkeitserklärung des Inhalts, daß die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland getroffene Regelung in künftigen Fällen vergleichbarer Bauvorhaben möglichst paritätisch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vorgesehen wird, wenn dadurch die Errichtung, Instandsetzung und Erneuerung der Bauwerke erleichtert werden könnten.

Nummer 3 stellt fest, daß an vier Grenzübergängen im Zuge von Autobahnen gemeinschaftliche Grenzabfertigungsanlagen errichtet werden sollen und auf welchem Hoheitsgebiet diese jeweils liegen werden.

Nummer 4 sieht vor, daß mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens begonnen werden soll.

Nummer 5 enthält die Versicherung gegenseitiger Verständigung über die zu treffenden Maßnahmen in gutem nachbarschaftlichen Geist.

28.05.93

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzab-
fertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz
und Zgorzelec

Der Bundesrat hat in seiner 657. Sitzung am 28. Mai 1993 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes Einwendungen nicht zu erheben.